



29.03.2019/db

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich heiße Sie alle ganz herzlich zu der Veranstaltung willkommen und bedanke mich, dass Sie die Einladung angenommen haben. Besonders möchte ich mich bei den Schülerinnen und Schülern aus den Gymnasien in Soest, Neheim, Meschede und anderen Städten in Südwestfalen bedanken. Ich finde es generell erst mal toll wenn junge Menschen sich engagieren und ich finde es besonders gut, dass sie sich für das Thema Klimaschutz engagieren. Unser Fraktionsvorsitzender im Europäischen Parlament Manfred Weber hat bei der Ratifizierung des Pariser Klimaabkommens im Europäischen Parlament gesagt: „Der Klimawandel ist die wahrscheinlich wichtigste Herausforderung unserer Politikergeneration.“

Wenn wir bei dieser Herausforderung Unterstützung durch die Gesellschaft und vor allen Dingen durch die jungen Menschen, die es am allermeisten angeht, bekommen, dann kann das nur gut sein. Für mich ist der Klimaschutz ein wirkliches Herzensanliegen und ich stimme Manfred Weber zu, es gibt wahrscheinlich keine größere Herausforderung, die wir bewältigen müssen. Schon vor einiger Zeit hat der frühere Chefökonom der Weltbank Sir Nicolas Stern ausgerechnet, dass ein ungebremster Klimawandel wirtschaftliche Schäden zur Folge haben wird, die schlimmer sind als die Schäden der beiden Weltkriege. Eine Studie für das amerikanische Verteidigungsministerium Pentagon, natürlich nicht unter Donald Trump, sondern unter einem seiner Vorgänger, kam zu dem Ergebnis, dass der Klimawandel für die USA eine größere Bedrohung ist als der internationale Terrorismus. Wenn Millionen von Menschen durch Überschwemmungen, Dürre und andere Naturkatastrophen ihren Lebensraum verlieren, dann wird unsere Welt nicht sicher sein. Deswegen müssen wir handeln.

Die Frage ob Schülerinnen und Schüler während der Schule oder nach dem Unterricht demonstrieren ist dagegen aus meiner Sicht eine untergeordnete Frage. Trotzdem will ich auch dazu meine Meinung sagen. Ich glaube, dass es auf Dauer besser ist, wenn Sie sich außerhalb der Schulzeit engagieren, denn Klimaschutz braucht einen langen Atem. Es wird nicht mit vier- oder fünfmal demonstrieren getan sein und auf Dauer freitags nicht zur Schule zu gehen ist vielleicht nicht so gut. Man schadet damit ja auch sich selbst.

„Klimaschutz braucht Europa“ so habe ich diese Veranstaltung überschrieben. Schadstoffe machen an der Grenze nicht halt und für die Wirtschaft ist es wichtig in einem Binnenmarkt vergleichbare Regeln zu haben. Vor allen aber können wir dieses weltweite Problem nur lösen, wenn wir als Europäer geschlossen auftreten. Nur dann können wir beispielsweise gegenüber China unsere Position zum Klimaschutz durchsetzen. Ich war sehr beeindruckt als der frühere Chefunterhändler von US-Präsident Barack Obama bei einer Anhörung im Europäischen Parlament die Europäische Union in höchsten Tönen lobte.

"Das historische Pariser Klimaabkommen hätte es unter dem Strich ohne die einzigartige Mitwirkung der Europäischen Union nicht gegeben.

Die EU war in vielerlei Hinsicht entscheidend am schwer erkämpften Fortschritt beteiligt, der in den Verhandlungen Stück für Stück gemacht wurde. Manchmal ging es zwei Schritte vorwärts und dann ein dreiviertel Schritte zurück, aber es ging immer voran.

Wir wussten immer, und die Welt wusste es immer, dass man sich, Tag ein und Tag aus, auf die EU verlassen konnte, der fundamentalen Mission, die in dem grundlegenden Klimaabkommen von 1992 bewahrt wurde, treu zu bleiben, nämlich um den gefährlichen Klimawandel zu verhindern.

Die EU war schon immer Verfechter für mehr Ehrgeiz in Klimagesprächen, vermutlich der alles entscheidende Bestandteil im Klimaabkommen.

Die EU hat dies beides getan, indem sie ein Exempel statuiert hat bezüglich ihrer eigenen Aktionen zu Hause, und sie konsequent und beharrlich für Ehrgeiz in den Verhandlungen plädiert hat.

Deswegen, liebe Schülerinnen und Schüler, es ist gut, wenn Sie uns antreiben und ambitionierten Klimaschutz unterstützen, aber man darf dabei auf keinen Fall die Europäische Union an sich kritisieren. Die Anti-Europäer sind ohnehin schon zu stark. Wir müssen Sie bei der Europawahl in die Schranken weisen und Anti-Europäer sind in fast allen Fällen auch Klimaskeptiker oder sogar Leugner des Klimawandels. Natürlich ist nicht alles gut in der Europäischen Union, aber im Vergleich zum Beispiel zur nationalen Klimapolitik sind wir in Europa recht erfolgreich. Deutschland wird sein Klimaziel für 2020 verfehlen und hat noch einen langen Weg, um das nationale Klimaziel für 2030 zu erreichen. Die Europäische Union wird ihr Klimaziel für 2020 übererfüllen und wir haben bereits Gesetze beschlossen, das letzte gerade am vergangenen Mittwoch in Straßburg, zur Reduktion der Treibhausgasemissionen von Autos, mit denen wir unser in Paris abgegebenes Ziel von -40% übererfüllen. Ein so ambitioniertes Ziel hat keine große Wirtschaftsnation auf der Welt und keine andere Nation ist soweit bei der Umsetzung. Es gab in der Vergangenheit Probleme in der europäischen Klimapolitik, aber die haben wir behoben. So war zum Beispiel das System zum Emissionshandel, das Unternehmen Anreize dafür gibt in klimafreundliche Technologien zu investieren, lange Zeit nicht funktioniert. Der Preis für eine Tonne CO₂ war bei nur fünf Euro. Durch Reformen, die wir beschlossen haben ist der Preis jetzt dauerhaft über 20€. In der letzten Plenarsitzung Anfang März in Straßburg haben wir sogar mit einer großen Mehrheit beschlossen, dass Europa klimaneutral werden soll und das ist sicher schon ein erstes Ergebnis der europaweiten Demonstrationen von Schülerinnen und Schülern. Vor einem halben Jahr hätte ich mir nicht träumen lassen, dass wir so etwas mit einer so großen Mehrheit beschließen.

Klimaschutz und Arbeitsplatzsicherung dürfen kein Widerspruch sein und sie sind es auch nicht, wenn man Klimaschutzpolitik richtig macht. Es gibt riesige Chancen und ich bin zum Beispiel sehr stolz, dass ich eine Regelung durchgesetzt habe, die die Einführung von Thermostatventilen in ganz Europa zum Standard erhebt. Diese Technik ist in Deutschland schon seit Jahrzehnten vorgeschrieben. In anderen Ländern leider nicht. Dadurch, dass wir es jetzt überall vorschreiben, sparen wir durch eine einfache Maßnahme so viel CO₂ wie 15 Millionen Autos produzieren und

es werden Arbeitsplätze bei Firmen konkret in unserer Region geschaffen und gesichert.

Für einzelne Branchen ist Klimaschutz jedoch eine besondere Herausforderung und, wenn wir es falsch machen, auch ein Risiko. Wir werden dazu gleich von Herrn Spenner und Herrn Sprecher mehr hören. Für mich ist es wichtig Klimaschutz nicht gegen diese Branchen, sondern mit diesen Branchen zu machen. Wir werden am Ende für die Welt kein Vorbild sein, wenn wir zwar keine Emissionen, aber auch keine Industrie mehr haben. Deswegen setzen wir auf Innovation zum Beispiel Forschung zur CO₂-freien Herstellung von Stahl und Zement und anderen energieintensiven Produkten.

Zum Schluss ein Punkt, der mir noch ganz besonders am Herzen liegt und den ich von jungen Leuten in den letzten Wochen immer wieder gehört habe. Wir müssen mehr dafür tun, dass umweltfreundliche Verkehrsträger wie Bus und Bahn besser und kostengünstiger werden und umweltschädliche Verkehrsträger, vor allem das Fliegen, einen stärkeren Beitrag zum Klimaschutz leisten. Auf meine Initiative hin hat das Europäische Parlament dies auch in der Plenarsitzung Anfang März noch einmal beschlossen und hier brauchen wir definitiv mehr Anstrengung der Europäischen Union. Ich freu mich über den Rückenwind in dieser Frage.

Eine unverhoffte Allianz für mehr Klimaschutz

Der Mescheder CDU-Europaabgeordnete Peter Liese holt den Künstler und Sänger Peter Fox ins Boot. Beide werben für eine Reform des umstrittenen Emissionshandels

Von Miguel Sanchez

Berlin. Pierre Baigorry, den alle eher als Peter Fox kennen, lächelt. „Vor ein paar Jahren hätte ich auch nicht daran gedacht“, setzt der Sänger an. Es war gestern also eine Premiere – gewöhnungsbedürftig, vor allem für ihn selbst –, als er in der Lounge der Unions-Fraktion im Bundestag vor die Presse trat. Er war gekommen, um mit dem EU-Abgeordneten und CDU-Umweltexperten Peter Liese für eine sperrige Reform zu werben: für einen neuen Emissionshandel. Heute wird der Brüsseler Kommissar einen Reformplan vorlegen. Es sieht so aus, als wollten die Europäer bis zu der Klimakonferenz im Dezember in Paris ihrer Bringschuld nachkommen.

Wütender Facebook-Eintrag

Der Klimawandel treibt den Hip-Hop-Sänger seit Langem um. Wenn man das weiß, hören sich ein paar Songs auf einmal anders an. „Fieber“ etwa. „Aber ich mache nicht Politik in den Liedern“, sagte er dieser Zeitung. Dieser Auftritt fällt im Zweifel unter die Kategorie: Freundschaftsdienst. Liese sei einer, der Themen besetze, die in der CDU schwächlich vertreten seien. „Und das macht er in meinen Augen gut und vor allem mit



Zwei Kämpfer für mehr Klimaschutz: der Sänger Peter Fox (links) und der Politiker Peter Liese.

tiefer Überzeugung. Das liegt ihm am Herzen. Das spürt man.“

Mit einem wütenden Facebook-Post hatte alles angefangen. Eine Reform des Klimaschutzes war gerade im EU-Parlament gestoppt worden. Fox wütete über die CDU-Kanzlerin „ohne Visionen und Rückgrat“. 2013 stand die Bundestagswahl an, und im Netz ging nach Fox' Wutrede die Post ab.

Jetzt reicht's! Für den Sauerländer Liese galt es genau so. Er meldete sich beim Sänger und erklärte ihm, dass weder Merkel etwas für das Abstimmungsverhalten könne noch alle Christdemokraten mit Nein votiert hätten. 59 hatten „Ja“ gesagt, er selbst auch. Fox lernte, dass Liese

Überzeugungen folgt, zur Not gegen die eigene Fraktionslinie. Umgekehrt erkannte der CDU-Mann, dass der Sänger nicht mit Radikalpositionen andere Leute vor den Kopf stoßen will. Fox klingt inzwischen moderat. „Das hat mich das Leben gelehrt.“

Ein Experte ist Fox nicht. Aber eines hat er verstanden: Dass für den Klimaschutz der Emissionshandel ein vielversprechender Ansatz ist. Zuletzt sind die Preise gefallen. Nun will man so viele Zertifikate für den Ausstoß von Kohlendioxid aus dem Markt nehmen, dass die Preise steigen und Unternehmen wieder einen Anreiz geben, um in klimafreundliche Anlagen zu investieren.

Fox hat gehört, dass 1,4 Milliarden Zertifikate aus dem Verkehr gezogen werden. Zu wenig. Nach Angaben von „Germanwatch“ würde der Preis von unter zehn Euro pro Tonne CO₂ bis 2015 auf maximal 20 Euro steigen. Das reiche nicht mal aus, um neue Gaskraftwerke rentabel zu betreiben. „Es müssten mindestens zwei Milliarden sein“, fordert Fox. Bereits bei der Kohleabgabe habe sich die Regierung „nicht unbedingt mit Ruhm bekleckert“. Auch falle ihm auf, dass über den Beitrag von Verkehr und Landwirtschaft kaum geredet werde. Warum nur? Weil dann die Interessen der Wirtschaft betroffen sind? Fox: „Dann wirken Politiker recht schwächlich“. Einerseits.

Bürger in der Verantwortung

Andererseits ist es ihm wichtig, dass der Bürger sich immer als Teil des Ganzen versteht: „Wenn man selber ein großes Auto hat und in den Urlaub fliegt und dann meckert, die Politik kriegt es mit dem Klimawandel nicht mit - liebe Leute, fasst euch an die eigene Nase.“ Am Ende lande der schwarze Peter beim Wähler. Man müsse „als „Gesellschaft“ an die Politik ausstrahlen: „Wir wollen, dass ihr hart bleibt.“ Peter weiß Bescheid.

Dear Peter

Environmental priorities in UK Withdrawal Agreement

I am writing as Chair of the Greener UK group of 14 UK environmental organisations to thank you for your work on the UK Withdrawal Agreement and Political Declaration. Both include welcome commitments to high environmental standards and I am sure this owes a good deal to your interventions, both with Michel Barnier and with MEP colleagues on the Brexit Steering Group.

UK environmental NGOs will now work to ensure future environmental ambition in the context of long-term trade relations. The commitment in the Political Declaration to 'building on the level playing field arrangements' for environmental and other standards sets a helpful basis for negotiations on the future relationship. We are also pleased that the full range of relevant environmental provisions are set out in the Withdrawal Agreement, including nature protection and access to environmental justice, as well as clear monitoring and enforcement requirements.

Thank you again for your support and willingness to raise these key issues. We must now wait and see what happens in the UK Parliament in the coming weeks.

With best wishes
Yours sincerely

Shaun Spiers
Executive director

Green Alliance
4th floor, 11 Belgrave Road, London SW1V 1RB
PA: 020 7630 4517 main line: 020 7233 7433
Mobile: 07710 440 043
@shaunspiers1

[Latest at www.green-alliance.org.uk](http://www.green-alliance.org.uk)

What people think about resource efficiency

As we've highlighted [before](#), resource efficiency is a major new tool for climate policy. Our new report shows which strategies will be most popular. [Read it here.](#)

Tech Task Force

Our Tech Task Force is working on accelerating the use of digital technologies to help businesses become low carbon and resource efficient. [Find out more.](#)

Annual report 2017-18

Find out how we've been doing in our latest annual report. [Our year at Green Alliance.](#) **Follow us on twitter @GreenAllianceUK**

Follow Greener UK on twitter @GreenerUK_

Read our blog Inside Track for views and debate on environmental policy and politics

The Green Alliance Trust is a registered charity number 1045395
Company limited by guarantee (England & Wales) number 303763

Testimony of Todd Stern
European Parliament
Committee on the Environment, Public Health and Food Safety
April 25, 2017

Mme. Chair, I want to thank the Committee for the invitation to appear before you today. I have been here to the Parliament at least a couple of times before to meet with Members privately, but this is my first public appearance, and it is an honor to be here.

I've been asked to talk about the role of the European Union in international climate change negotiations, so let me say right up front: the EU was the most important ally of the United States in all the 7-plus years of my tenure as President Obama's Special Envoy for Climate Change. I, along with my team, met with our EU counterparts dozens and dozens of times during the years from 2009-2016. We did not agree on everything, of course, but we did agree on the big things – on the fundamental imperative of addressing climate change aggressively, and on the crucial importance of reaching an ambitious, inclusive international agreement as a necessary condition for combatting climate change successfully. And where we disagreed, our shared commitment to the goal we sought and our shared orientation allowed us to find common ground over time.

The bottom line is this: there would have been no historic Paris Agreement without the singular contribution of the European Union.

The EU was crucial in many ways to the hard-won progress we made in the negotiations, bit by bit, sometimes two steps forward and one and three-quarters back, but still moving ahead.

First, the EU has been steady and steadfast. It is no secret that our own political situation as regards climate change has been more volatile in the United States than in Europe, and not only in the past few months. I do believe that, looked at in a broader American context than the Washington Beltway, significant progress in public attitudes has taken place and continues to take place in the United States, and I remain hopeful and confident about where we will go, over time. Still, the reliability of European commitment, through changing governments, and the steadiness of the EU itself, has been enormously useful over the past years. We always knew, and the world always knew, that the EU could be counted on, day in and day out, to stay committed to the fundamental mission enshrined in the foundational 1992 climate treaty, namely to prevent dangerous climate change.

Second, the EU has consistently been a strong voice for ambition in climate talks, perhaps the single most crucial ingredient in a climate agreement. The EU has done this both by setting an example with regard to its own actions at home, and by arguing consistently and insistently for ambition in the negotiations – in the form of the strongest possible initial targets, robust longer term goals, and five-year cycles to take stock of our aggregate progress and to enhance our individual our targets.

Crucially, the EU played a major role during the 2011 climate change negotiations that culminated in Durban. During that year and at the Durban Conference of the Parties itself, the EU helped build a coalition of countries that demanded action that was prompt and ambitious to negotiate a new agreement taking us out beyond 2020. Recall that at as we came to the COP in 2011, the operative arrangements applying to all countries were those negotiated at the Copenhagen

and Cancun COPs in 2009 and 2010. But they only covered the period through 2020 and, while a very important start in our view, they did not go far enough.

In Durban, the EU made common cause with a set of Parties also committed to ambition – the island states, progressive Latin American countries, and a number of Least Developed Countries group, among others. That coalition made itself a force in the pivotal discussions in Durban, regarding a mandate for negotiating a new agreement – what came to be called the Durban Platform. Four years later, that coalition was reinvigorated and expanded to include the United States and others, and it played a key role in achieving a strong and vigorous Paris Agreement. I may have been the first person to publicly use the term “High Ambition Coalition,” but the EU was, in effect, present at the creation, back in 2011. There would have been no coalition to expand in 2015 had the EU not helped put it together in 2011.

The EU has also been a strong and persistent voice in arguing for an adequate rules base to what became the Paris Agreement. The bottom-up, nationally determined nature of Paris was a signature feature without which an agreement would never have been reached. But a sound architecture cannot be purely bottom-up. It requires certain rules and norms that apply to all and are intended to ensure that all are acting, that their progress toward their targets is transparent and so on.

The force of these contributions, and many others, was made possible by the existence of the EU as an alliance of many states. Certainly, any number of individual states have been important players in the climate negotiations. We in the United States have worked regularly with the United Kingdom, France, Germany, the Nordic states, Spain, Italy, Poland and others, and all made important contributions. But make no mistake – the power and influence of the EU was different. It was able to speak on behalf of a potent economic and political community of nations in a way that no individual nation can match.

I can only imagine the rigors, frustrations and difficulty of coordinating policy with so many different nations – in fact, I frequently thanked my lucky stars that we didn’t have challenge to manage. But the result – being able to speak for the entire group – was and is hugely valuable.

Let me now make one concluding point. The business of the Paris Agreement is not over. Additional implementing steps are called for during the next several years to flesh out the regime. These include more detailed guidelines in certain areas, including transparency, intended to be concluded in 2018; managing a “facilitative dialogue” which will, in some ways, be a kind of initial “global stocktake,” to assess how the Parties are doing in the aggregate against Paris’s global emission goals, also in 2018; and managing the first of the five-year cycles to review and hopefully ratchet up individual country targets, scheduled for 2020.

It is enormously important that the essential balance of the Paris Agreement be retained. There will certainly be those who never liked that balance very much and would be only too happy to pull back from it. The EU, still a pillar of climate commitment, will have a huge role to play in preserving that balance. The Paris Agreement was made possible, after all, only because countries and country groups with a wide variety of perspectives were able to find their way to fair compromises. There can be no room for backsliding from what we all accomplished in Paris.

Mme. Chair, I’ll be happy now to take questions from the Committee.